

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

28

III. Ausgabe

Wien, am 28. Jänner 1932.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 28. Jänner 1932.

Vizebzm. Hoss eröffnet um 16 Uhr 15 die Sitzung. Es wird in die Tagesordnung eingegangen, das ist die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss und den Rechnungshof sowie Kontrollamtsbericht über das Jahr 1930. Zur Verhandlung gelangt die Verwaltungsgruppe Wohnungswesen.

GR. Ullreich (E.L.) kritisiert den Zustand der Strassen und Zufahrtswege in den städtischen Siedlungen, indem er bemerkt, dass ^{sich} diese vielfach in einen trostlosen Zustand befinden. Hier muss Abhilfe geschaffen werden. Ferner wünscht der Redner einen Bericht über die von der Gesiba durchgeführte Heimbauhilfe der Gemeinde und Aufklärung über einen vom Rechnungshof beanstandeten Fall, in welchem die Gemeinde den Inhaber einer devastierten Gemeindefohnung 17.000 Schilling für Wiederherstellungskosten vorgestreckt hat (Beifall bei der Minderheit).

GR. Holaubek (E.L.) weist darauf hin, dass im Jahre 1930 nicht weniger als 105.000 Schilling für Wohnbauzwecke zur Verausgabung gelangt sind, ohne dass der angestrebte Zweck, die Wohnungsnot wesentlich zu mildern, erreicht worden wäre. Wie recht die Opposition mit ihrer durch Jahre geübten Kritik gehabt hat, zeigt der Bericht des Kontrollamtes, der dieselben Punkte wie die Opposition kritisiert. Heute wäre es gewiss an der Zeit, bei der Erbauung der Wohnungen die grösste Sparsamkeit walten zu lassen. Im Bericht des Kontrollamtes wird auch die unwirtschaftliche Verwendung von Baumaterialien und die saloppe Herstellung von Bauten bemängelt. Wie von der Opposition in dieser Beziehung oft erhobenen Vorwürfe wurden vom St. R. Weber nicht so beantwortet, wie es der Würde eines Amtes entspräche. Es wäre auch sehr interessant zu erfahren, wie grosse die Schäden sind, die durch saloppe Bauführungen der Gemeinde erwachsen sind. (Beifall b. d. Minderheit).

GR. Daffinger (E.L.) weist darauf hin, dass bei einer Reihe von Gemeindefohnbauten Rauchgasschäden aufgetreten sind, die sogar Delegationen notwendig gemacht haben. Die Ursache für diese Schäden liegt in der schlechten Kaminführung, sowie darin, dass die Abzieharbeiten in den neugebauten Häusern oft nachlässig vorgenommen werden. Hier muss Abhilfe geschaffen werden (Beifall bei d. Minderheit).

St. R. Weber gibt die von GR. Ullreich gewünschte Aufklärung betreffend die Wiederherstellung einer devastierten Wohnung in der Währingerstrasse. Zur Wiederherstellung wurden 17.000 Schilling erfordert, wovon der Mieter 8000 Schilling sofort erlegen musste, da bei dieser Gelegenheit auch divers Instandsetzungsarbeiten, die ihn trafen, durchgeführt wurden. Den übrigen Betrag hat die Gemeinde lediglich vorgeschossen, und ihr erwächst keinerlei Schaden. Den von GR. Ullreich verlangten Bericht der Gesiba über die Heimbauhilfe verspricht der St. R. Weber von der Gesiba anzufordern. Was den Wunsch des GR. Holaubek betrifft, die Gemeindefohnbauten möglichst sparsam auszuführen, so wird schon mit Rücksicht auf die prekäre Lage der Gemeinde die Bauführung jetzt auf das allerbilligste vorgenommen. Aber auch in den vergangenen Jahren sind für die künstlerische Ausschmückung keine überwältigenden Beträge und nach Ansicht sehr vieler sogar zu wenig ausgegeben worden. Von dem Gesamtaufwand für die städtischen Wohnhausbauten im Betrage von 750 Millionen entfällt im Ganzen 1 Million auf die künstlerische Ausschmückung der Häuser. St. R. Weber beantwortet sodann die Anfrage des GR. Daffinger betreffend die Rauchgasgefahr in den städtischen Wohnhausbauten, indem er darauf

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 28. I. 1932.

hinweist, dass diese Gefahr nur zum geringsten Teil ^{durch} bauliche Mängel verursacht wird, zum grösseren Teile aber auf physikalische Ursachen zurückzuführen ist, die ~~in~~ ⁱⁿ der nur zeitweisen Benützung der Kaminherdgruppen in den städtischen Wohnhausbauten, in denen Gasherdheizung besteht, zusammenhängen. Im übrigen werden ununterbrochen Versuche mit neuen Kaminsystemen gemacht. (Beifall b. d. Mehrheit).

Damit ist die Debatte über den Rechnungsabschluss der Gruppe IV erledigt.

In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten tadelt GR. Daffinger (E. L.), dass die Pflege der städtischen Gartenanlagen sehr viel zu wünschen übrig lasse. Von einer Deputation der Angestellten des städtischen Gartenbetriebes wurde als Grund hiefür angegeben, dass, obwohl die städtischen Gärten in den letzten Jahren bedeutend erweitert wurden, die Zahl der Angestellten, die in der Vorkriegszeit 83 betragen habe, jetzt auf 24 gesunken ist. Es wäre wirklich schon an der Zeit, endlich einmal an die Errichtung der Gartenanlage auf dem Territorium des demolierten Bürgerversorgungshauses zu schreiten. Bei der Errichtung der Gartenanlage könnte zugleich auch eine Verbesserung der Verkehrsanlagen auf der Kreuzung Währingerstrasse-Spitalgasse durchgeführt werden. (Beifall.)

GR. Stöger (E. L.) kritisiert, dass die Erhaltung der Patronatskirchen der Gemeinde weit hinter dem Erforderlichen zurückbleibe. Der Redner bespricht dann die Frequenz einzelner städtischer Bäder und erklärt, dass sich jetzt die Errichtung des Amalienbades in Favoriten, dessen Bau über 10 Millionen Schilling betragen habe, rüchere. Andere Bäder, wie z. B. das Jörgerbad, haben höhere Besuchsziffern wie das Amalienbad. Schliesslich verlangt der Redner die Entfernung der Schutzmittelautomaten aus den städtischen Anstandsorten. (Beifall.)

St. R. Richter erwidert auf die Ausführungen der Redner der Minderheit unter anderem, dass von einem schlechten Besuch des Amalienbades nicht die Rede sein könne. Während das Amalienbad im Jahre 1930 rund 1,3 Millionen Badegäste gehabt hat, weist das Jörgerbad im selben Jahr nur 450.000 Badegäste auf.

Nunmehr gelangt die Verwaltungsgruppe für Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten zur Verhandlung.

GR. Körper (E. L.) beschäftigt sich mit dem Rechnungsabschluss der städtischen Bäckereien und beanstandet, dass der Preis nicht angegeben ist, ^{von} dem das dort erzeugte Brot und Gebäck gerechnet wird. ~~Nachdem~~ von ihm angestellten Berechnungen müssten sich bei den städtischen Bäckereien sehr ansehnliche Gewinne ergeben, während die Gemeinde in Wahrheit hier draufzahlt. Das erklärt sich daraus, dass die Bäckereien eine ~~se~~ ^{so} Romäne der roten Bäckereiarbeiter sind. GR. Körper wendet sich sodann gegen die Erhöhung der Marktgebühren, wodurch wieder eine Erhöhung der Lebensmittelpreise hervorgerufen werde, und spricht den Wunsch aus, dass sich die Gemeinde in Zukunft bei den Grundankäufen Beschränkungen auferlegen möge. (Beifall bei der E. L.)

St. R. Kokrda stellt gegenüber diesen Behauptungen fest, dass die städtischen Bäckereien durchaus konkurrenzfähig sind. Die Preise, zu denen von ihnen das Gebäck an die Humanitätsanstalten geliefert wird, können nicht im einzelnen im Rechnungsabschluss angegeben werden, da sowohl der Preis wie das Gewicht des Gebäcks wechselt. Schliesslich kommt St. R. Kokrda auf die in der Generaldebatte von der GRtin ^{Dz} Hotzko erhobenen Beschwerden

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 28. I. 1932

wegen der Vergebung der Textilaufträge zurück und stellt fest, dass diese Vergabungen von dem Textilkomitee, in welchem auch zwei Vertreter der Einheitsliste sitzen in vollkommen gerechter Weise vergeben werden.

Damit ist die Debatte über den Rechnungsabschluss der Gruppe VI erledigt.

In der Debatte über den Rechnungsabschluss der Verwaltungsgruppe VII (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) beklagt sich

GR. Daffinger (E.L.) über die Erhöhung der Platzzinse für die sogenannten Vorgärten. Für diese Vorgärten muss sogar im Winter ein Platzzins gezahlt werden, wenn sie nicht vollständig geräumt sind, wenn ~~man~~ ~~sich~~ dort zum Beispiel einbetonierte Ständer befinden. Hier sollte doch etwas humaner vorgegangen werden. (Beifall b.d.E.L.)

Dt. R. Linder bemerkt demgegenüber, dass die Gemeinde bezüglich der Höhe dieser Platzzinse sehr entgegenkommend sei was ~~daraus~~ ^{pro Quadratmeter} hervorgehe, dass der Platzzins für ein Ringstrassencafèhaus heute 5 Schilling/beträge, in der Vorkriegszeit aber 12 Kronen betrug, für die anderen Bezirke heute 3 Schilling pro Quadratmeter gegenüber 6 bis 8 Kronen in der Vorkriegszeit. Im Winter wird der Platzzins nur von solchen Geschäften eingehoben, die das ganze Jahr den Gehsteig und den Strassengrund dem Verkehr entziehen.

Damit ist auch diese Verwaltungsgruppe erledigt.

Es folgt die Debatte über den Rechnungsabschluss der Verwaltungsgruppe VIII.

GR. Schelz (E.L.) schickt voraus, dass er seine Bemerkungen zur Verwaltungsgruppe VIII nicht an den Vizebürgermeister Emmerling, sondern an den Stadtrat Breitner richte, da sich im Rechnungsabschluss dieser Gruppe geradezu himmelschreiende Dinge befinden. So sind für die Unternehmungen die Investitionen gar nicht angegeben. Für Zillingdorf liegt ein Rechnungsabschluss überhaupt nicht vor, obwohl die Anlagewerte im Jahre 1929 nicht weniger als 6'65 Millionen Schilling ausmachten. Der Redner beantragt, aus dem Rechnungsabschluss der städtischen Unternehmungen die Behandlung des Rechnungsabschlusses der Braunkohlen-Bergwerksgewerkschaft Zillingdorf, weil dieser Rechnungsabschluss nicht vorliegt, auszuschliessen; der Rechnungsabschluss Zillingdorf soll erst nach erfolgter Vorlage im zuständigen Beirat den zuständigen Körperschaften zur Beratung vorgelegt werden.

Nach einer aufklärenden Bemerkung des St. R. Breitner wird nun der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1930 genehmigt; der Bericht des Rechnungshofes über die Gebarung der Bundeshauptstadt Wien im Jahre 1930, die Aeusserungen der Beauftragten und des Direktors des Kontrollamtes zu diesem Bericht und der Bericht des Kontrollamtes werden zur Kenntnis genommen. Der Antrag der Frau St. Rat Dr. Potzko auf Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 9. Oktober 1920, der festsetzt, dass der Abschluss eines Kollektivvertrages mit jener Gewerkschaft zu tätigen ist, der die Mehrheit der Arbeitnehmer angehört, wird abgelehnt, der Antrag Schelz (Braunkohलगewerkschaft Zillingdorf) angenommen.

Nunmehr referiert Vizebgm. Emmerling über die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1930. Die Bilanz der städtischen Gaswerke für das Jahr 1930 schliesst mit einem Gebarungsüberschuss von rund 180.000 Schilling ab, die Wienerwerke des Elektrizitätswerkes mit einem Gebarungsüberschuss von 370.000 Schilling, die Ueberlandzentrale jedoch mit einem Gebarungsabgang von mehr als 2 Millionen Schilling, die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

IV. Blatt

Wien, am 28. Jänner 1932.

städtischen Strassenbahnen haben einen Gebarungsabgang von 3 Millionen Schilling, während der Gebarungsüberschuss bei der städtischen Leichenbestattung 10.590 Schilling und bei der Gewista 125.200 Schilling. Zieht man die vorzeitigen Abschreibungen im Sinne des Investitionsbegünstigungsgesetzes in Rechnung, so ergibt sich beim Gaswerk ein Gebarungsabgang von rund 3'56 Millionen Schilling, bei den Wienerwerken der Elektrizitätswerke ein Gebarungsabgang von rund 21 Millionen Schilling, bei der Ueberlandzentrale ein Gebarungsabgang von rund 2'7 Millionen Schilling und bei der Strassenbahn ein bilanzmässiger Gebarungsabgang von 11'7 Millionen Schilling. Die Gaserzeugung war im Jahre 1930 um 3'64 Prozent, der Gasabsatz um 3'71 Prozent geringer als im Jahre 1929. Die städtischen Elektrizitätswerke haben im Berichtsjahr rund 561'5 Millionen Kilowatt Strom erzeugt und fremden Strom bezogen. Von der Stromerzeugung waren 69'4 Prozent kalorischer Herkunft und 30'6 Prozent Wasserkraftstrom. Die Fahrgastbeförderung bei den städtischen Strassenbahnen von rund 603 Millionen Personen ist gegenüber 1929 um 4'11 Prozent zurückgegangen. Im Autobusbetrieb hat die Fahrgastbeförderung um 31'1 Prozent zugehoben. Das städtische Brauhaus schliesst das Berichtsjahr mit einem Gebarungsüberschuss von mehr als 820.000 Schilling ab.

GR. Uebelhör (E.L.) knüpft an eine Bemerkung des Referenten an, dass bei der Wiener Strassenbahn unvergleichlich andere Verhältnisse herrschen als bei den Strassenbahnen anderer Städte und sagt hiezu, dass das wirklich richtig ist. Der Skandal, der bei der Wiener Strassenbahn herrscht ist ohnegleichen. Wenn der Referent voraussagt, dass der Abfall bei der Strassenbahn im kommenden Jahre noch grösser sein wird als in den Vorjahren, so ist das selbstverständlich, da man es durch die Drosselung des Verkehrs einem grossen Teil der Bevölkerung unmöglich macht, mit der Strassenbahn zu fahren. Die Ueberfüllung der Strassenbahn züchtet gedarezu die Schwarzfahrer. Auch die Verhältnisse auf den städtischen Autobussen spotten jeder Beschreibung. GR. Uebelhör fordert sodann die Rückzahlung der seinerzeit von den Abnehmern von Gas und elektrischem Strom geleisteten Vorauszahlungen. In der Zeit der heutigen Krise, in der es Gewerbe und Industrie an dem nötigen Betriebskapital fehlt, sollte man dieses alte Unrecht gutmachen. Umsomehr als Vizebgm. Emmerling seinerzeit versprochen hat, dass bei einer Erhöhung der Gas- und Strompreise die Vorauszahlungen werden zurückerstattet werden. Der Redner stellt folgenden Antrag: "Den Abnehmern von Gas und elektrischem Strom werden die seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen in der Weise rückvergütet, dass ihnen jene Menge von Gas und elektrischem Strom, die sie um den Betrag der geleisteten Vorauszahlungen hätten beziehen können, bei der nächsten, und falls noch ein Rest erübrigt, bei der darauffolgenden Ablesung von der bezogenen Menge an Gas oder elektrischem Strom in Abrechnung gebracht wird." Für den Fall als dieser Antrag nicht angenommen werden sollte, stellt er folgenden Eventualantrag: "Arbeitslosen, die seinerzeit Vorauszahlungen für den Bezug von Gas oder elektrischem Strom geleistet haben, wird jene Menge Gas oder elektrischem Strom, die sie um den Betrag der Vorauszahlungen, hätten beziehen können, bei der nächsten, und falls noch ein Rest erübrigt, bei der folgenden Ablesung von der bezogenen Menge von Gas oder elektrischem Strom in Abrechnung gebracht. Wenn die Mehrheit auch diesen Eventualantrag ablehnt, zeigt sie, dass sie kein Verständnis für die sozialen Verhältnisse hat.

GR. Thaller: Ihr nehmt es ihnen bei der Zinsgroschensteuer wieder weg!
GR. Uebelhör: Dass sich ein Wiener Gemeinderat darüber aufregt, dass der dritte Zinsgroschen jetzt eingehoben werden soll, ist mehr als merkwürdig, da die

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

U. Blatt

Wien, am 28. I. 1932.

von dem Erträgnis dieser Zinsgroschen 2000 Häuser baut.

GR. Thaller: Schauen Sie sich die Villen an, die von den Zinsgroschen der Arbeitslosen gebaut worden sind! Treiben Sie nicht eine so ordinäre Demagogie! (Lebhafte Zwischenrufe. - Anhaltender Lärm).

GR. Preyer: Eure Steuerpolitik richtet die Wirtschaft zugrunde!

GR. Thaller: Diese Demagogie glaubt Euch niemand!

GR. Jenschik: Preyer, der Arbeitervertreter, verteidigt die Luxusvillen!

GR. Gschladt: Das ist von Euch eine verlogene Heuchelei.

GR. Scholz: Ihr hört nicht gerne von den Arbeitslosen!

GR. Preyer: Ihr habt die Schuld an der grossen Arbeitslosenziffer durch Eure Bolschewikenwirtschaft!

GR. Thaller: Werden Sie nicht so unverschämt! Diesen demagogischen Schwindel werden wir Euch schon austreiben! Den Wienern 19 Millionen wegnehmen und 100 Millionen neue Steuern beschliessen, das könnt Ihr!

GR. Preyer: Ihr Bolschewiken richtet diese Stadt zugrunde!

GR. Jenschik: Bei der nächsten Wahl werden Sie schon sehen! Da kommen Sie nicht mehr herein!

GR. Dr. Dostal (E.L.): Bagage! (Stürmische Entrüstungsrufe bei der Mehrheit. - Anhaltende Zwischenrufe und grosser Lärm. - Vorsitzender Hofbauer gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht wiederholt um Ruhe)

(zu GR. Dr. Dostal):
GR. Jenschik: Schämen Sie sich! Ein Doktor sagt Bagage!

GR. Dr. Dostal: Es ist wahr!

GR. Hellmann: Schämen Sie sich!

GR. Thaller: Das lernt man offenbar in der katholischen Studentenverbändung!

GR. Gschladt: Da sitzen Sie und lachen, wenn Sie von den Arbeitslosen sprechen!

GR. Preyer: Die Not und das Elend ist Ihnen Wurst, nur ein Theater wollen Sie haben!

GR. Untermüller: Elende Kommödianten seid Ihr!

GR. Dr. Dostal: Das ist der richtige Ausdruck:

GR. Hellmann: Mit Ihrer akademischen Bildung ist es nicht weit her!

GR. Beisser: Das ist Ihr Stolz, dass Sie gemein sein können!

(Andauernde Zwischenrufe).

GR. Uebelhör: Es ist mir unerfindlich, warum sich die Herren über Zwischenrufe so aufregen. Ich erinnere mich an den Zwischenruf, den man dem GR. Angermayer zugerufen hat. Darüber haben sich die Herren nicht so aufge-regt.

GR. Dr. Dostal: Wir werden Euch mit gleicher Münze bezahlen! (Lebhafte Zwischenrufe)

GR. Beisser: Sie sind ein akademischer Rohling!

GR. Uebelhör: Wenn übrigens GR. Thaller sein Herz für die Arbeitslosen entdeckt, ist ihm durch meinen Antrag dazu die Gelegenheit gegeben. Er soll für meinen Antrag stimmen. Ich hoffe daher, dass die Mehrheit meinen Antrag annehmen wird (Lebhafter Beifall bei der E.L.). - Andauernde Zwischenrufe).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

VI. Blatt

Wien, am 28. Jänner 1932.

G. R. Lehninger (e. L.) führt aus, dass die städtischen U_nternehmungen nicht im Interesse der Bevölkerung geführt werden. Trotz aller Mahnungen der Opposition, die immer sachliche Kritik geübt hat, gehe die Mehrheit von ~~ihrem~~ Verwaltungsprinzip nicht ab. Die Erträge der städtischen U_nternehmungen wären viel grösser, wenn sie nicht Lasten tragen müssten, die eigentlich der Hoheitsverwaltung zukommen. Der Radner bespricht dann ausführlich den Verwaltungsbericht über die städtischen Strassenbahnen und erklärt, dass an dem Frequenzrückgang in der Hauptsache der aussergewöhnliche Tiefstand des Verkehrs schuldtragend ist. Die Arbeitsintensivierung bei den städtischen Strassenbahnen wird in einer Weise betrieben, von der man behaupten kann, dass sie über die Arbeitsmöglichkeit des einzelnen Arbeiters weit hinausgeht. Während im Jahre 1929 bei den städtischen Strassenbahnen noch 16.606 Angestellte verwendet wurden, betrug der Stand der Angestellten und Arbeiter im Berichtsjahre nur mehr 15.745. Man kann ruhig behaupten, dass in den letzten zweieinhalb Jahren rund 2.000 Angestellte und Arbeiter bei den städtischen Strassenbahnen abgebaut wurden. Unter diesen Drosselungen leidet aber auch das fahrende Publikum, da die persönliche Sicherheit gefährdet wird. Im Bericht wird ausgeführt, dass die Zahl der Unfälle gegenüber 1929 um 600 abgenommen habe; die Zahl der Todesfälle ist jedoch von 22 auf 26 gestiegen. Gestiegen ist auch der Betrag für die Entschädigung für die Haftpflicht. Diese Entschädigung betrug 1929 rund 411.000 Schilling, 1930 aber 475.000 Schilling. Die schärfste Kritik müsse auch die Parteilichkeit in der Verwaltung finden. So wurde in der letzten Zeit im Bahnhof Hernalts ein Aufruf angeschlagen, für den republikanischen Schutzbund anlässlich der Waffenfunde in einem Arbeiterheim 2 bis 5 Schilling zu spenden. (Rufe bei der Minderheit: Das sind nette Zustände!)

GR. Dirisamer (E. L.) würde es für wünschenswert halten, wenn es ähnlich wie den Rechnungshof eine Instanz gäbe, die die Verkehrsverhältnisse in Wien zu überprüfen hätte. Dies wäre umso notwendiger, als die von der Minderheit geübte Kritik an den Strassenbahnen keinen Erfolg hat und die Mehrheit doch das tut, was sie will. Die Minderheit hat wiederholt Forderungen gestellt wegen der Errichtung einer Haltestelle beim Hauptzollamt, wegen endlicher Anbringung eines Lichtsignals in der Erdbergerstrasse bei der Einmündung in die Apostelgasse, wegen gründlicher Reparatur des Wagenparks und insbesondere auch ~~der~~ Bremsvorrichtungen, wegen Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen bei der Stadtbahn, wegen früheren Betriebsbeginns auf verschiedene Strecken und wegen Verkürzung der Intervalle. All diese Forderungen sind wiederholt gestellt, aber nie erfüllt worden. Wegen dieser Haltung der Mehrheit sind wir nicht in der Lage, die Bilanzen der städtischen U_nternehmungen zu genehmigen (Beifall b. d. Minderheit).

Vizebgm. Emmerling bemerkt zu den Anträgen Uebelhör wegen der Vorauszahlungen, er könne nur immer wieder das wiederholen, was er über die Vorauszahlungen so oft schon gesagt habe. Die Vorauszahlungen sind keine von der Mehrheit eingeführte Neuerung, sie bestanden auch früher unter dem Titel der Kautionen. Die Anträge des GR. Uebelhör müsse er zur Ablehnung empfehlen, insbesondere auch den Eventualantrag, da es sich bei diesen Vorauszahlungen nur um Groschenbeträge handelt, von denen der Einzelne nichts hätte, deren Verrechnung aber ~~zu~~ grosse Kosten verursachen würde, die auf alle Konsumenten überwälzt werden müssten. Uebrigens bekommt jeder, der Gas oder ~~...~~ den Bezug von elektrischem Strom auflässt, die Vorauszahlungen zurück. Was die Bemerkung über die Strassenbahn anlangt, bittet Vizebgm. Emmerling ihm nicht allgemein gehaltene, sondern spezielle Beschwerden zur Kenntnis zu bringen, deren Stichhaltigkeit er bereit sei an Ort und Stelle zu überprüfen. Was den Rückgang der Frequenz betrifft, so soll auch hier darauf verwiesen werden, dass der Rückgang in den einzelnen Städten Deutschlands viel grösser ist als bei uns. Auch die bei uns geübte Methode der Intensivierung hebt sich sehr vorteilhaft von der in anderen Städten geübten ab, so z. B. von der in Graz geübten Methode, wo die Angestellten unter christlichsozialer Führung 7 Stunden 20 Minuten und nach dem neuen Vertrag so gar 8 Stunden ~~...~~ haben, während bei uns die Angestellten nur 6 Stunden 5 Minuten ~~...~~ bei einer Bezahlung von 8 Stunden 19 Minuten haben.

Die Bilanzen der städtischen U_nternehmungen werden genehmigt. - Die Anträge Uebelhör werden unter lebhaften Zwischenrufen der Minderheit abgelehnt. Schluss der Sitzung 20 Uhr 30.